

Niederschrift

über die 12. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 10.12.2020

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Unterbrechungen: 17:38 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: Soll	43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist	43 Mitglieder der Stadtvertretung
	100 %

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 12. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

Die Anwesenden gedenken in einer Schweigeminute dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Land Mecklenburg-Vorpommern Herrn Dr. Harald Ringstorff.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Der Stadtpräsident informiert, dass der Neubrandenburger Einwohner Herr Hans-Georg Müller Fragen per E-Mail an das Büro der Stadtvertretung geschickt hat. Eigentlich wollte Herr Müller diese Fragen persönlich hier in der Einwohnerfragestunde stellen. Aufgrund der Corona-Lage hat er angerufen und sich entschuldigt, bittet aber trotzdem um Beantwortung seiner Fragen. Er bezieht sich auf die 14. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 30.11.2020 zur Standortsuche für einen Zeltplatz und die diesbezügliche Berichterstattung im Nordkurier. Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, verliest die Fragen, die durch Ratsherrn **Kuhnert** (DIE LINKE), Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses, beantwortet werden.

1. Welches Ergebnis hat die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses?

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 30.11.2020 mit den Anforderungen eines Campingplatzes an einen Standort befasst und in diesem Zusammenhang das Areal in Broda hinsichtlich seiner Eignung einer Bewertung unterzogen. Betrachtet wurden in diesem Zusammenhang unter anderem die Lage des Grundstückes, die Größe, die Flächenverfügbarkeit, vorhandene Nutzungskonkurrenzen, die Nachbarschaftssituation, die Erschließung, naturschutzfachliche Belange und denkmalrechtliche Belange. Der Termin diente der fachlichen Konditionierung der Ausschussmitglieder, nicht der Entscheidung.

2. Gibt es bereits konkrete Planungen zu dem in der Zeitung dargestellten Campingplatz?

Konkrete Planungen zu einem Campingplatz gibt es bisher nicht.

3. Wie werden die Einwohnerinteressen am Naherholungsgebiet Strandbad Broda berücksichtigt?

Zur Umsetzung einer solchen Planung bedarf es eines sogenannten Bebauungsplanverfahrens. Über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens hat die Stadtvertretung zu befinden. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ist die Öffentlichkeit zu beteiligen. Die Bürger können dann Hinweise, Anregungen und Bedenken einbringen, über deren Berücksichtigung die Stadtvertretung in der Folge zu entscheiden hat.

Die Antworten werden Herrn Müller zugeleitet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Ratsherr **Stegemann** die Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 02.12.2020). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 11. Sitzung der Stadtvertretung am 22.10.2020

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VII/0029

Ratsherr **Schwanke** (CDU) kritisiert, dass sich im Bericht keine Information zum Stand der Ratshaussanierung befindet. Schließlich habe der Sanierungsbeirat getagt. Zudem empfinde er es als befremdlich, dass die Presse vor den Beiratsmitgliedern Informationen erhielt und durchs Rathaus geführt wurde.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass es redaktionelle Gründe habe, dass sich keine Informationen zur Rathaussanierung im Bericht des Oberbürgermeisters befinden. Die Beiratssitzung sei fristgemäß anberaumt worden. Die Bitte der Medien um entsprechende Informationen sei erst später gekommen. Um den Bauablauf nicht fortwährend zu unterbrechen, wurde entschieden, den Presserundgang am selben Tag eine Stunde vor der Beiratssitzung durchzuführen. Das hatte rein pragmatische Gründe und sei nicht despektierlich gegenüber den Beiratsmitgliedern gemeint gewesen. Die Medien haben zudem nicht die gleichen Informationen erhalten, wie die Beiratsmitglieder, sondern nur das erfahren, was in die Öffentlichkeit sollte.

Auf Nachfrage von Rats Herrn **Kuhnert** (DIE LINKE), ob es hinsichtlich des Großbrandes Mehrzweckhalle BAZ (Punkt 2.4.1) neue Erkenntnisse der Polizei gibt, antwortet Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, dass die Stadt keine Informationen von der Polizei zu Ermittlungsergebnissen erhält, weil sie nicht Geschädigte ist.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert

- über die Ergebnisse der Tagung des B 96-Beirates:
 - o Derzeit werden die Ausschreibungen der Leistungsphasen 1 und 2 für den Bauabschnitt Ortsausgang Neubrandenburg bis zum Knoten B 104/ B 197 vorbereitet. Mitte 2021 soll hierfür die europaweite Ausschreibung erfolgen.
 - o Für den Abschnitt bis zur A 20 erfolgt die europaweite Ausschreibung der weiteren Planungsleistungen (Phasen 3 bis 6) im April 2021.
 - o Ebenfalls in Auftrag gegeben wurde die umweltfachliche Kartierung des Abschnitts der B 96 von der Landesgrenze bis nach Neustrelitz.
 - o Auch für den Abschnitt Neustrelitz – Neubrandenburg läuft die Kartierung des Trassenverlaufes.
 - o Das Projekt ist von der DEGEG zur neuen Arbeitsgruppe beim Land Mecklenburg-Vorpommern übergegangen und wurde dort mit Priorität 1 eingestuft.
- über die Tagung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit. So waren die Pandemie-Auswirkungen bis Juli 2020 im deutschlandweiten Vergleich in der Mecklenburgischen Seenplatte relativ mild. Im SGB II-Bezug hat sich die Anzahl der Leistungsempfänger*innen sogar um 2,7 % verringert, im SGB III-Bezug ist die Anzahl aber um 21 % gestiegen. 2033 Betriebe aus der Region haben ab April 2020 Kurzarbeitergeld beantragt. Das betraf 13.478 Arbeitnehmer*innen.
- dass die Unternehmensbefragung leider nicht die erhoffte Resonanz gebracht hat. Es wird eingeschätzt, dass derzeit die Abkürzung bürokratischer Hürden für die Unternehmen eine wichtige Hilfe sind.
- dass das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern am 03.12.2020 Städtebaufördermittel in Höhe von 1,8 Millionen Euro für die Grundschule Datzeberg (Brandschutzertüchtigung, Außenanlagen, Heizungsanlage, Medien und Herrichtung der Unterrichtsräume) bewilligt hat.
- über Einweihungen/Übergaben, die aufgrund der Pandemiesituation mit übersichtlichem Personenkreis stattfinden:

- 17.12.2020 – Besichtigung der Turnhalle Große Krauthöferstraße,
 - 18.12.2020 – Verkehrsfreigabe Rampe Johannisstraße/Demminer Straße
 - 18.12.2020 – Freigabe des Parkplatzes Tilli-Schanzen-Straße durch die NEUWOGES
- dass zum Schutz von Ordnung und Sicherheit durch die Verwaltung eine Allgemeinverfügung für Belvedere und den Brodaer Stand erarbeitet wurde, die bei Bedarf kurzfristig inkraft gesetzt werden könnte. Eine dauerhafte Verordnung zur Regelung, die mit dem Ministerium für Inneres und Europa abzustimmen ist, sei derzeit in Arbeit.

Auf Nachfrage von Rats Herrn **Jaschinski** (DIE LINKE) nach dem aktuellen 7-Tage-Inzidenzwert für die Stadt Neubrandenburg, antwortet Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, dass dieser (heute) mit 88 knapp unter dem des gesamten Landkreises liege.

Weiterhin führt Herr **Modemann** aus, dass vom Landkreis angefragt wurde, ob die Notwendigkeit für eine allgemeine Maskenpflicht für Wege und Plätze erlassen werden sollte. Diese Notwendigkeit werde aber momentan nicht gesehen.

Außerdem informiert Herr **Modemann** die Mitglieder der Stadtvertretung über eine Geschwindigkeitsmessung in der Kessinerstraße, die am 10.12.2020 in der Zeit von 7:00 Uhr bis 10:00 Uhr stattfand. Dabei überschritten von 40 gemessenen Kraftfahrzeuge vier die zugelassene Geschwindigkeit.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) erkundigt sich nach der Umsetzung des Prüfauftrages hinsichtlich der Rahmenbedingungen zur Übertragung der Sitzungen der Stadtvertretung per Livestream und als Video-on-Demand (BV/VII/0058) aus der letzten Sitzung der Stadtvertretung. Hierzu sollten schriftlichen Informationen bis zum 01.11.2020 an die Fraktionen gegeben werden. Außerdem möchte sie wissen, ob es einen neuen Stand hinsichtlich des Hotels am Ring gibt.

Herr **Witt** sagt zu, dass die schriftlichen Informationen den Stadtvertretern in der nächsten Woche zur Verfügung gestellt werden. Die Frage zum Hotel am Ring werde er im nichtöffentlichen Teil beantworten.

Rats Herr **Messner** (CDU) macht in einem sehr emotionalen Statement auf die Lage des Mittelstandes während der Pandemie aufmerksam. Er nimmt Bezug auf seine Anfrage hinsichtlich der Zahlung von Corona-Prämien an städtische Mitarbeiter. In der Antwort war mitgeteilt worden, dass Corona-Sonderzahlungen in einer Höhe von ca. 177.000,00 Euro mit dem Tabellenentgelt des Monats Dezember 2020 gezahlt werden. Er fragt, ob das Geld vom Bund oder Land zur Verfügung gestellt wird, oder ob es aus dem städtischen Haushalt kommt?

Herr **Witt** bringt sein Verständnis für die momentane Situation der Unternehmen zum Ausdruck und sichert nochmals zu, sich für die Abkürzung bürokratischer Hürden einzusetzen. Die Corona-Sonderzahlung an die städtischen Mitarbeiter sei Ergebnis der Tarifverhandlungen und insofern aus dem Haushalt der Stadt Neubrandenburg aufzubringen. Bei der Haushaltsplanung werden Tarifabschlüsse eingerechnet.

Rats Herr **Messner** verlässt die Sitzung. Es sind nunmehr 42 Ratsfrauen und Ratsherren anwesend.

Rats Herr **Albrecht** (SPD) bezieht sich auf den kürzlich veröffentlichten Verfassungsschutzbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern bittet in Abstimmung mit dem Innenministerium um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gruppen, Gruppierungen oder Organisationen, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt, vorgestellt oder als Verdachtsfall eingestuft oder beobachtet werden, existieren und agieren auch in Neubrandenburg?
2. Ist es korrekt, dass der Verfassungsschutzbericht die „Junge Alternative“, eine zur AfD gehörende Organisation, als rechtsextrem und daher als Verdachtsfall des Verfassungsschutzes eingestuft hat? Wird diese Einstufung weiter bewertet?
3. Aus welchen Gründen und nach welchen Kriterien erfolgt die Einstufung einer Gruppierung als rechtsextrem? Und aus welchen Gründen wird sie ein Fall für den Verfassungsschutz?

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer **ANF/VII/0029** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) spricht die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes an und stellt folgende Frage:

Wird die Verwaltung konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Einstellung eines Klimamanagers im 1. Halbjahr 2021 sicherzustellen?

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer **ANF/VII/0030** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE) bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welcher Grundlage wurden an der Straße Am Unterbach Schilder mit der Aufschrift „Privatstraße – Durchfahrt und Begehen verboten“ aufgestellt? Ihrer Meinung nach gibt es hier einen Beschluss der Stadtvertretung.
2. Auf wessen Veranlassung wird der neu gebaute Spielplatz zu besagter Straße eingezäunt?
3. Wie ist die rechtliche Lage bezüglich Straßenreinigung und Winterdienst in dieser Straße? Wer beauftragt die Reinigung und wer trägt die Kosten?

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer **ANF/VII/0031** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) nimmt Bezug auf die Ausführungen von Ratsherrn Messner spricht sich für Solidarität aus. Er appelliert, vor Ort zu einzukaufen, um einheimische Unternehmen zu unterstützen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) hat Fragen zu 2 Themenkomplexen:

1. Sieht er Präsenzsitzungen in der momentanen Pandemie-Situation sehr kritisch und fragt, ob es einen Plan für Alternativen z. B. Online-Formate gibt?
2. Zum Thema Mobilität hinterfragt er, ob für die öffentliche Infrastruktur ein Konzept für Ladestationen von E-Mobilen geplant ist?

Herr **Witt** verweist darauf, dass technische Lösungen für Alternativ-Formate zu Präsenzsitzungen möglich sind, der Gesetzgeber aber im Moment noch keine Grundlage dafür geschaffen hat.

Bezüglich der E-Ladestationen im öffentlichen Raum sei die NEUWOGES der Dienstleister. Grundsätzlich werden beim Ausbau öffentlicher Parkflächen Möglichkeiten geschaffen. So wurden auf dem Parkplatz in der Tilli-Schanzen-Straße 4 Säulen aufgestellt.

Die Frage nach dem Konzept werde in den Stadtentwicklungsausschuss mitgenommen.

Ratsherr **Schwanke** (CDU bezieht sich auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters zur Verkehrsübergabe der Rampe zur Demminer Straße in der 51. KW und möchte wissen, ob es zwischenzeitlich Veränderungen der Ampelschaltung an der Kreuzung zur Umgehungsstraße gegeben hat, um Staus zu vermeiden?

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer **ANF/VII/0032** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) bezieht sich auf den Redebeitrag von Ratsherrn Messner und stellt dar, dass sowohl der öffentliche, als auch der privatwirtschaftliche Sektor zum Funktionieren der Gesellschaft benötigt wird. Er lobt ausdrücklich die Geschäftsführung, die Beschäftigten und die Gesellschafter der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz sowie die Beschäftigten und die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Immobilienmanagement. Auch der Umgang mit den Grundschulen findet seine Anerkennung.

Ratsfrau **Paulitschke** (SPD) bittet um Informationen zu den Inzidenzzahlen für die Stadt Neubrandenburg. Diese wird Herr Modemann im nichtöffentlichen Teil geben. Auf ihre Nachfrage zur Einbindung der Stadt hinsichtlich der einzurichtenden Impfzentren und ob dazu noch Engagement der Stadtvertretung nötig sei, antwortet Herr Modemann. Derzeit sei noch nicht bestätigt, dass in Trollehagen ein Impfzentrum eingerichtet werde, es werde aber davon ausgegangen. Seines Wissens seien auch zwei mobile Impftruppen vorgesehen. Die Organisation des ÖPNV werde durch den Landkreis geregelt.

Ratsherr **Gille** (SPD) informiert zum Stand der gesicherten Hundefreilaufflächen in der Stadt. In mehreren Vor-Ort-Gesprächen hat die Bürgerinitiative Hundenauslaufflächen gemeinsam mit Vertretern der Stadtteilbüros, der Stadtvertretung und -verwaltung Erwartungen der Partner abgestimmt. Mit Herrn Thomas Kann, Tierheilpraktiker, konnte ein kompetenter Unterstützer gewonnen werden. Dieser hat eine Analyse der rechtlichen Situation und der Anforderungen an ein Auslaufgebiet unter den Aspekten des Tierschutzes erarbeitet (**Anlage 1**). Er bittet sowohl die Verwaltung, als auch die Vertretung, diese Analyse zu studieren. Des Weiteren präsentiert Ratsherr Gille die ersten beiden vorgesehenen Auslaufflächen (**Anlagen 2 und 3**). Nach Fertigstellung dieser Vorhaben werde eine Analyse zur Nutzung und Pflege der Anlagen durch die Hundehalter erarbeitet. Abschließend dankt er Herrn Witt, Herrn Brauns vom Eigenbetrieb, Frau Wittkopf von der Bürgerinitiative, Herrn Meid vom Stadtteilbüro Süd sowie Ratsherrn Kuhnert für ihr Engagement.

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, informiert, dass die Drucksache **BV/VII/0106** (TOP 9) durch die Einreicher (CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE) zurückgezogen wurde.

Die Drucksachen **BV/VII/0067** und **BV/VII/0068** (TOP 22 und TOP 23) und die Drucksache **BV/VII/0107** (TOP 37) wurden durch den Oberbürgermeister zurückgezogen.

Der Stadtpräsident bittet je **ein Änderungsblatt** zur Drucksache BV/VII/0079 und BV/VII/0103 sowie **zwei Änderungsblätter** zur Drucksache BV/VII/0054 nachzutragen.

Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE) zeigt **Mitwirkungsverbot** zur Drucksache BV/VII/0081 (TOP 40) an.

Ratsherr **Stegemann** schlägt vor, die Drucksachen

BV/VII/0100, BV VII/0103 und BV VII/0104 (TOP 12, 13 und 14),

BV VII/0054 und BV VII/0055 (TOP 15 und 16),
BV VII/0061 und BV VII/0062 (TOP 18 und 19),
BV VII/0065 und BV VII/0066 (TOP 20 und 21),
BV VII/0089 und BV VII/0091 (TOP 26 und 27),
BV VII/0074, BV VII/0075 und BV VII/0076 (TOP 28, 29 und 30) sowie
BV VII/0078 und VII/0079 (TOP 31 und 32) **verbundener Aussprache** zu behandeln.

Es liegen **Anträge auf Rederecht** für die Drucksachen:

BV/VII/0061 (TOP 18) und BV/VII/0081 (TOP 40)	für Herrn Meyer
BV/VII/0090 (TOP 33) und BV/VII/0092 (TOP 34)	für Herrn Benischke
BV/VII/0096 (TOP 41)	für Frau Schimberg vor.

Abstimmung über die Rederechte: Den Anträgen wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 9 1. Satzung zu Änderung der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VII/0106

Die Vorlage wurde durch die Einreicher zurückgezogen

TOP 10 Änderung des Beschlusses 59/03/19 Vollständige Neubesetzung des Kultur- ausschusses gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Kulturausschuss Vorlage: BV/VII/0102

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 42 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/10/2020

TOP 11 Majorel Servicecenter am Standort Neubrandenburg erhalten Vorlage: BV/VII/0105

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) wirbt um Zustimmung für die Beschlussvorlage. Es gehe darum, den 442 Arbeitnehmer*innen des Centers ein solidarisches Zeichen zu senden, dass sich die Stadtvertretung gemeinsam mit der Verwaltung für den Erhalt des Standortes einsetzt.

Ratsherr **Stieber** (SPD) sieht im Beschlussvorschlag nur die Beschreibung der bekannten Situation sowie die Aufzählung von Aufträgen an den Oberbürgermeister, die dieser mit seinem Amtseid schon auf sich genommen hat. Dennoch werde das Anliegen von der Fraktion der SPD mitgetragen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern Gesprächsrunden angeschoben wurden und darum gebeten wurde, keine eigenen Aktivitäten zu starten, um eine Konkurrenzsituation zwi-

schen beiden in Frage kommenden Stadtorten zu vermeiden. Gemeinsam solle unter Federführung des Ministeriums der nötige politische und öffentliche Druck ausgeübt werden. Über neue Entwicklungen werde er die Stadtvertretung regelmäßig informieren.

Der Hinweis von Ratsherrn **Prof. Dr. Oppermann**, der hier auch die Wirtschaftsfördergesellschaft des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte in der Pflicht sieht, wird von der Verwaltung mitgenommen.

Ratsherr **Schnell** (AfD) stellt den Änderungsantrag, anstelle der Bitte an den Oberbürgermeister im Zusammenwirken mit der Geschäftsführung, dem Wirtschaftsministerium des Landes und dem Betriebsrat alle Möglichkeiten zu erörtern und zu nutzen, die dazu geeignet sind, den Neubrandenburger Standort mit möglichst vielen Arbeitsplätzen zu erhalten, den Oberbürgermeister zu beauftragen.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** mahnt, die gute Sache nicht zu zerreden und regt an, dass der Oberbürgermeister die Bitte als Auftrag annimmt.

Auf Nachfrage des Stadtpräsidenten zieht Ratsherr **Schnell** seinen Änderungsantrag zurück.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 42 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/11/2020

Die Tagesordnungspunkte 12, 13 und 14 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 12 Jugendparlament
Vorlage: BV/VII/0100

TOP 13 Gründung einer zeitweiligen Arbeitsgruppe „Kinder- und Jugendbeteiligung in Neubrandenburg“
Vorlage: BV/VII/0103 - 1 Änderungsblatt

TOP 14 Aufbau und Etablierung eines Kinder- und Jugendparlamentes in der Viertore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0104

Ratsfrau **Kanew** (DIL LINKE) begründet die Beschlussvorlage BV/VII/0104 und erklärt die Bedeutung einer Kinder- und Jugendbeteiligungsstruktur für die Stadt Neubrandenburg. Durch deren Etablierung könnten Probleme von Kindern und Jugendlichen frühzeitig aufgenommen werden. Das Themenfeld sei in der Fraktion DIE LINKE seit Monaten diskutiert worden. Daher finde sie es erfreulich, dass auch andere sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt haben. Ratsfrau Kanew geht kurz auf den Beschlussvorschlag BV/VII/0100 von Ratsfrau **Barthel** ein. Da die dort formulierten Wünsche auch Gegenstand der Beschlussvorlage BV/VII/0104 sind, wird diesem Antrag seitens der Fraktion DIE LINKE zugestimmt. Die Fraktion der CDU verdeutlicht mit der Beschlussvorlage BV/VII/0103, dass ihr der Prozess zu schnell gehe und daher vorher eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll, die einen Variantenvergleich ausarbeitet. Eine solche Arbeitsgruppe könne den Vorgang zur Bildung einer Beteiligungsstruktur unterstützen, diese aber nicht ersetzen. Durch das nachgereichte Änderungsblatt, dass die Kernpunkte des Antrages der Fraktion DIE LINKE beinhaltet, werden die Rahmenbedingungen für eine Beteiligungsstruktur ermöglicht. Daher zieht die Fraktion DIE LINKE die Beschlussvorlage BV/VII/0104 zurück, bittet aber die CDU-Fraktion um eine Änderung in ihrer Beschlussvorlage. Der Variantenvergleich sollte bis zur Sommerpause und nicht bis zum 31. Dezember vorliegen, damit die ausgewählte Beteiligungsstruktur bereits 2022 voll funktionsfähig arbeiten kann.

Ratsfrau **Barthel** (fraktionslos) wirbt um Zustimmung für die von ihr eingebrachte Vorlage BV/VII/0100. Die letzten Sitzungen der Stadtvertretung hätten gezeigt, dass vielen Fragen, die Kinder und Jugendlichen betreffen, zu klären sind. Daher ihr Vorschlag zur Gründung eines Jugendparlaments. Sie schlägt vor, im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport über die weitere Vorgehensweise zu diskutieren.

Ratsherr **Giermann** (CDU) betont die Notwendigkeit, neben den derzeit bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten weitere zu etablieren. Diese sollten langfristig, nachhaltig und mit viel Weitsicht aufgebaut werden. Schon auf dem Weg zu diesen Beteiligungsstrukturen müssen Jugendliche mitgenommen werden. Mit der anvisierten Partnerschaft zur Hertie-Stiftung und den vielen Experten der Region (Jugendamt, verschiedene Kinder- und Jugendorganisationen) bestünden große Chancen, dass viele gute Ideen in die Arbeitsgruppe eingebracht werden. Gemeinsam müssen diese Vorschläge dann abgewogen und auf die Neubrandenburger Gegebenheiten angepasst werden. Auch digitale Mitwirkungsmöglichkeiten sollten genutzt werden, um Jugendliche zu beteiligen. Die im Beschlussvorschlag genannte Befristung bis zum 31. Dezember sei ein Enddatum. Bis spätestens dann sollte der Variantenvergleich vorgelegt werden. Ratsherr Giermann bedankt sich bei der Fraktion DIE LINKE für die Ausarbeitungen, die dem Variantenvergleich eine gute Struktur geben, auf die aufgebaut werden kann. Er wirbt um Zustimmung für die Beschlussvorlage der CDU-Fraktion.

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (B90/DIE Grünen) bringt die Unterstützung aller vorliegenden Anträge durch die Fraktion B90/DIE Grünen zum Ausdruck. Er betont, dass es wichtig sei, von Beginn an direkt mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, ihnen keine fertigen Vorschläge vorzulegen, sondern diese gemeinsam mit ihnen auszuarbeiten. Eine Verkürzung der Zeitschiene bis zum 30. Juni erachtet er als sinnvoll und schlägt vor, die Anträge zu einer Beschlussvorlage zusammenzufassen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) betont, die Notwendigkeit, auf junge Menschen zuzugehen und ihnen zuzuhören, um ihr großes konstruktives Potential zu nutzen. Daher findet er es prinzipiell in Ordnung, dass das Thema jetzt von mehreren Seiten aufgegriffen wird. Der Vorschlag der Fraktion der CDU könne akzeptiert werden, wenn die Arbeitsgruppe zeitlich befristet wird und konkrete Handlungsalternativen erarbeiten soll.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) stellt den Antrag, die Befristung der Arbeitsgruppe vom 31.12.2021 in 30.09.2021 zu ändern.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** bestätigt die Änderung Befristung bis zum 30.09.2021. Unter Berücksichtigung der Hinweise von Ratsherrn Prof. Dr. Freigang, übernimmt die CDU-Fraktion folgenden Satz aus der Begründung der Vorlage in den Beschlusstext:

Durch Diskussionsgespräche mit Akteuren aus Bildung, Jugendhilfe, Schulen sowie Kinder und Jugendlichen der Stadt soll die einzusetzende Arbeitsgruppe Strukturmöglichkeiten unter Beachtung von Umsetzungsmöglichkeiten, Partizipationswegen und Repräsentationsvarianten entwickeln und gegeneinander abwägen.

Damit sei auch der Festschreibung des von Ratsherrn Albrecht geforderten externen Sachverständigen Genüge getan, so Ratsfrau **Dr. Kuhk**.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bittet die Fraktionen darum, bis zur ersten Sitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport im Januar 2021 die Vertreter der Arbeitsgruppe zu benennen.

Ratsfrau **Barthel** zieht die Beschlussvorlage BV/VII/100 zurück.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, fasst zusammen, dass die Beschlussvorlagen BV/VII/0100 und BV/VII/0104 durch die Einreicher zurückgezogen wurden und stellt die Beschlussvorlage **BV/VII/0103** mit den vorgetragenen Änderungen zu Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage mit den vorgetragenen Änderungen wird mit 42 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/13/2020

Auf Vorschlag des Stadtpräsidenten wird die Sitzung von 17:38 Uhr bis 17:50 Uhr unterbrochen.

Ratsfrau **Reinsdorf** verlässt die Sitzung. Es sind nunmehr 41 Ratsfrauen und Ratsherren anwesend.

Die Tagesordnungspunkte 15 und 16 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 15 Doppischer Haushaltsplan 2021
Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
Band 2 Stellenplan
Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen
Vorlage: BV/VII/0054 - 4 Änderungsblätter

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bedankt sich bei den Mitgliedern der Stadtvertretung für die konstruktive Diskussion während der Haushaltslesung und insbesondere bei den Ratsfrauen und Ratsherren, die als Mitglieder des Kreistages dafür gesorgt haben, dass die Kreisumlage um 1 Prozent gesenkt wurde.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) sieht im vorliegenden Haushalt drei Botschaften: erstens zeige der Gesamtüberblick, dass sich die Stadt auf der Zielgeraden zur „schwarzen Null“ befinde und man sich damit langsam dem Zustand nähere, dass der Haushalt zukünftig nicht mehr durch das Ministerium für Inneres und Europa zu genehmigen ist. Zweitens könne positiv vermerkt werden, dass in den Bereichen Kultur, Sport und Wohlfahrtspflege, moderate Verbesserungen geplant sind. Drittens könne zwar vorsichtig optimistisch in die Zukunft geschaut, jedoch dürfe nicht vergessen werden, dass schwere Aufgaben durch mögliche finanzielle Einbrüche aufgrund der Pandemie in der Zukunft auf die Stadt zukommen können. Sie geht auf die Einnahmen- und Ausgabensituation der Stadt ein.

Ratsfrau Muth spricht das Änderungsblatt Nr. 3 an. Die darin von der Verwaltung angebotene halbe Stelle für das Büro der Stadtvertretung reiche nicht aus.

Sie stellt den Änderungsantrag, beide Punkte im Änderungsblatt 3 zu streichen und durch Folgendes zu ersetzen:

Der Stellenplan 2021 wird wie folgt geändert:

Umwandlung der Stelle 00.20.00.007, Kraftfahrer/in (E 4; 1,0 VzÄ) in 1 Stelle Sekretär/in Büro der Stadtvertretung (E 5).

Die Gesamtzahl der Stellen bleibt unverändert.

Abschließend bedankt sich Ratsfrau Muth für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltes, kritisiert aber, dass die Vorberichte der Verwaltung schwer zu durchschauen sind und wünscht sich, diese, wie der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, praxisbezogener zu gestalten. Sie bittet zunächst um Zustimmung für ihren Änderungsantrag und dann für den Haushalt.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) bringt erneut den Wunsch der Fraktion B90/DIE GRÜNEN nach einem Haushalt mit Elementen eines Bürgerhaushaltes zum Ausdruck. Zudem müsse man sich von Vergangenen verabschieden und neue Wege beschreiten. Das stehe gerade in der jetzigen Pandemiesituation außer Frage. Obwohl sich durch die Senkung der Kreisumlage die finanzielle Situation der Stadt wesentlich verbessert hat, sei dies kein Grund übermütig zu werden. Die Pandemiefolgen werden auch Neubrandenburg erreichen und da sei ein kleines finanzielles Polster beruhigend.

Die Fraktion B90/DIE GRÜNEN wird dem vorgelegten Haushalt und dem Änderungsantrag zustimmen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) sieht im vorliegenden Haushalt einen Kraftakt, den Verwaltung und Vertretung gemeinsam gestemmt haben und bedankt sich bei allen Beteiligten. Die wesentlichen wirklich großen Positionen seien „im Fluss“. Damit könne auch im nächsten Haushaltsjahr eine solide Arbeit geleistet werden. Sofern die gegenwärtig unsichere Situation es erforderlich mache, müsse nachjustiert werden. Er wirbt um Zustimmung für den vorliegenden Haushalt.

Ratsfrau **Kuhk** (CDU) führt aus, dass der vorliegende Haushaltsplanentwurf 2021 für den Finanzhaushalt einen jahresbezogenen Haushaltsausgleich sowohl für das Jahr 2021 als auch für die drei Folgejahre zeige. Mit den 4 Änderungsblättern konnten noch einige Einsparungen dargestellt und Feinjustierungen in einzelnen Haushaltsansätzen vorgenommen werden. Ebenso fand der Kreistagsbeschluss zur Senkung der Kreisumlage Berücksichtigung. Mit dem Änderungsblatt Nr. 3 und dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der durch die CDU-Fraktion unterstützt wird, wird im Jahr 2021 eine Personalstelle im Büro der Stadtvertretung hinzukommen.

Der Haushaltsentwurf 2021 bilde eine solide Grundlage, um im nächsten Jahr den vollständigen Haushaltsausgleich faktisch zu erreichen, der durch die Haushaltsführung 2020 unter Hinzurechnung der Konsolidierungshilfe des Landes zahlenmäßig bereits jetzt dargestellt werden kann. Im Quartalsbericht zum 30.09.2020 wurde nicht nur das Erreichen des Konsolidierungsziels, sondern sogar eine Übererfüllung prognostiziert. Sollten diese Annahmen eintreten, wären damit die Altfehlbeträge getilgt und man könne sich einem genehmigungsfreien Haushalt zuwenden. Sie gibt ihrem Wunsch Ausdruck, dass die Prognose Realität wird.

Ratsherr **Schnell** (AFD) dankt den Steuerzahlenden und den gewerblich Tätigen, die mit ihren Zahlungen die Basis für den städtischen Haushalt legen. Im Kreistag sei um die Senkung der Kreisumlage gerungen und schließlich auch Deckung dafür gefunden worden. Für die Stadt Neubrandenburg bedeutet das 925 TEUR mehr für den städtischen Haushalt. Die Informationspolitik der Stadt zum Haushalt empfand er als angenehmer und ehrlicher als beim Landkreis. Die Fraktionen wurden von Anfang an mehr eingebunden und der Haushalt ist transparenter. Die AfD-Fraktion unterstützt auch den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur personellen Aufstockung des Büros der Stadtvertretung und wird dem Gesamthaushalt zustimmen.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, lässt über den durch Ratsfrau **Muth** vorgetragenen Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag zum Änderungsblatt 3:
Der Änderungsantrag wird mit 41 Dafürstimmen bestätigt.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 41 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/15/2020

**TOP 16 Doppischer Haushaltsplan 2021
Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Vorlage: BV/VII/0055**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 41 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/16/2020

**TOP 17 Sanierungsgebiet "Altstadt-Vor dem Treptower Tor"
- Einsatz von Städtebaufördermitteln für den Verfügungsfonds
Citymanagement
- Bildung des Vergabebeirates
Vorlage: BV/VII/0049**

Ratsherr **Gesswein** (CDU) kritisiert, dass in der Vorlage bzw. der Anlage unterschiedliche Aussagen hinsichtlich der Mitgliederstärke des Beirates getroffen wurden. Außerdem sei ihm unverständlich, warum die Stadt nicht durch Stadtvertreter*innen im Beirat repräsentiert werden soll.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) vermisst ein klares Konzept mit messbaren Zielkriterien und schlägt vor, dieses bis Ende März 2021 einzufordern.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass schon mit dem Stadtentwicklungsausschuss besprochen wurde, dass die beiden Beiratsmitglieder Stadtvertreter*innen sein sollen. Dies und die weiteren Hinweise sollten im Stadtentwicklungsausschuss thematisiert werden.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters und bestätigt, dass in einer der nächsten Ausschusssitzungen die Vertreter*innen namentlich benannt werden sollen.

Ratsherr **Jaschinski** verlässt die Sitzung. Es sind nunmehr 40 Ratsfrauen und Ratsherren anwesend.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/17/2020

Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 18 Abwassergebührekalkulation 2021
Vorlage: BV/VII/0061 - 1 Änderungsblatt**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen, 6 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/18/2020

**TOP 19 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg über die leitungsgebundene Abwasserbeseitigung, die dezentrale Abwasserbeseitigung und die Gebührenerhebung für die Inanspruchnahme der leitungsgebundenen Abwasserbeseitigung und die Erhebung von Entsorgungsgebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung (Abwasser- und Gebührensatzung)
Vorlage: BV/VII/0062**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 33 Dafürstimmen, 6 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/19/2020

Die Tagesordnungspunkte 20 und 21 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 20 Städtebaulicher Rahmenplan Innenstadt 1. Änderung der 3. Fortschreibung
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Vorlage: BV/VII/0065**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/20/2020

**TOP 21 Städtebaulicher Rahmenplan Innenstadt 1. Änderung der 3. Fortschreibung
hier: Beschluss der 1. Änderung der 3. Fortschreibung
Vorlage: BV/VII/0066**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/21/2020

**TOP 22 Bebauungsplan Nr. 65 "Gerstenstraße"
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Vorlage: BV/VII/0067**

Die Vorlage wurde durch die Einreicher zurückgezogen

**TOP 23 Bebauungsplan Nr. 65 "Gerstenstraße"
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0068**

Die Vorlage wurde durch die Einreicher zurückgezogen

**TOP 24 Vereinsbeitritt der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zur "Arbeitsgemein-
schaft für fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen Mecklenburg-Vor-
pommern e. V." (AGFK MV)
Vorlage: BV/VII/0069**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/24/2020

**TOP 25 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der Frau Anke Eiler-
gerhard durch die Stadtvertretung - Geldzuwendung in Höhe der Verkauf-
erlöse für Skulpturen und Kataloge aus der aktuellen Ausstellung "Eiler-
gerhard You&Me" in der Kunstsammlung Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0060**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/25/2020

Die Tagesordnungspunkte 26 und 27 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 26** **Beschluss über die Annahme einer Sachzuwendung der data experts GmbH durch die Stadtvertretung – Bronzeplatte für den Neubrandenburger Walk of Sport in der Stargarder Straße zur Ehrung des Herrn Rüdiger Helm**
Vorlage: BV/VII/0089

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/26/2020

- TOP 27** **Beschluss über die Annahme einer Sachzuwendung der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH durch die Stadtvertretung – Bronzeplatte für den Neubrandenburger Walk of Sport in der Stargarder Straße zur Ehrung der Frau Astrid Kumberness**
Vorlage: BV/VII/0091

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/27/2020

Die Tagesordnungspunkte 28, 29 und 30 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 28** **Beschluss über die Kostenspaltung zur Beitragserhebung für die Teileinrichtungen Fahrbahn, kombinierter Rad- und Gehweg, Straßenentwässerung und Straßenbegleitgrün der Baumaßnahme "Ausbau Lindenhofer Straße"**
Vorlage: BV/VII/0074

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) stellt dar, dass es ja bezüglich der Straßenausbaubeträge Kritik am Land gegeben habe und fragt, ob diesbezüglich hier etwas beabsichtigt sei.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, verdeutlicht, dass diese Fälle davon nicht betroffen sind.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/28/2020

- TOP 29** **Beschluss über die Kostenspaltung zur Beitragserhebung für die Teileinrichtungen Fahrbahn, Gehweg, Straßenentwässerung und Straßenbegleitgrün der Baumaßnahme "Um- und Ausbau Parkstraße"**
Vorlage: BV/VII/0075

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/29/2020

- TOP 30** **Beschluss über die Kostenspaltung zur Beitragserhebung für die Teileinrichtungen Fahrbahn, Gehweg und Straßenentwässerung der Baumaßnahme "Ausbau Fritz-Reuter-Straße"**
Vorlage: BV/VII/0076

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/30/2020

Die Tagesordnungspunkte 31 und 32 werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 31 Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung für den Zuschuss an die Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH**
Vorlage: BV/VII/0078 - 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/31/2020

- TOP 32 Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung für den Zuschuss an den Eigenbetrieb Immobilienmanagement**
Vorlage: BV/VII/0079 - 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/32/2020

- TOP 33 Verschmelzung der Immobilien Dienstleistungsgesellschaft mbH (IDG) auf die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES) zum 01.01.2021**
Vorlage: BV/VII/0090

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/33/2020

- TOP 34 Bekenntnis der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum Leistungssport und der Sportstätte Jahnsportforum**
Vorlage: BV/VII/0092 - 1 Änderungsblatt

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass das 1. Änderungsblatt den Gegenstand der Beschlussvorlage wie folgt ändert:

Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung eines Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramms für das Jahnsportforum als Stätte des Leistungssports

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 39 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/34/2020

- TOP 35 10. Fortschreibung der Richtlinie Förderung der Hauptamtlichkeit in den gemeinnützigen Sportvereinen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**
Vorlage: BV/VII/0093

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 40 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 12/35/2020

- TOP 36 Verlängerung der Anpassung des Patronatsvertrages zwischen der Stadt Neubrandenburg und der Evangelisch-Lutherischen Kirche St. Johannis für die Jahre 2018 - 2021**
Vorlage: BV/VII/0094

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 12/36/2020

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 19:15 Uhr geschlossen.

gez. Dieter Stegemann
Stadtpräsident

gez. Andrea Hänsch
Protokollantin